

CDU Rhein-Pfalz | Benckiserstraße 26 | 67059 Ludwigshafen

Frau Ministerpräsidentin  
Marie-Luise Dreyer  
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

vorab per e-mail

Freitag, 1. Februar 2013

## **Offener Brief zur Schließung des Bereitschaftspolizeistandes Schifferstadt**

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

der Kreisparteitag der CDU Rhein-Pfalz hatte am 07.11.2011 eine Resolution gegen die Reduzierung der Polizeipräsenz verabschiedet. Insbesondere wandte sich diese gegen die am 03.11.2011 verkündete Verlegung der Bereitschaftspolizei von Schifferstadt nach Enkenbach-Alsenborn.

Aufgrund dieses Beschlusses wurde Herrn Ministerpräsident a. D. Beck am 14.11.2011 angeschrieben. Er wurde gebeten, diese Entscheidung von Herrn Innenminister Lewentz, u. a. aus Gründen der Inneren Sicherheit und aus finanziellen Gründen rückgängig zu machen. Dass es zu keiner Rücknahme der Entscheidung kam, ist Ihnen als damaliges Kabinettsmitglied hinlänglich bekannt, so dass es hier keiner detaillierten Darstellung bedarf.

Daher nur einige Anmerkungen:

Herr Lewentz hat geäußert, dass die Verlegung nur aus finanziellen Gründen erfolgt. Die Verlegung sei eine Verschlechterung, aber aus polizeilicher Sicht hinnehmbar.

Zur Beleuchtung der finanziellen Auswirkungen im Hinblick auf die Weitervermarktung der Liegenschaft durch den LBB wurde ein Gutachten erstellt. Dieses liegt uns leider nicht vor, so dass wir uns auf Zeitungsberichte vom 23.01.2013 nach einem Treffen von Vertretern des LBB mit Vertretern der Stadtverwaltung Schifferstadt und der Projektentwicklungsgesellschaft PER beziehen. Da war zu lesen, dass der Wert des Liegenschaftsgeländes bei ca. 2,2 Mio € liegt, sofern dieses als Bauland vermarktet werden kann.

Von Kosten für Abriss der Gebäude, Rückbau der Tankstelle, Abbau und Entschädigungszahlungen für die Photovoltaikanlage (Nutzungsvertrag bis 2024) war den Presseberichten nichts zu entnehmen.

Nehmen wir an dieser Stelle einfach mal den unwahrscheinlichen Fall an, dass es das alles zum Nulltarif gibt, also tatsächlich 2,2 Mio € Gewinn als „Einmalzahlung“ übrig bleibt, um die Mehrkosten für die Anfahrt der Hundertschaft von Enkenbach-Alsenborn abzudecken. Die Meinungen zu diesen Mehrkosten gingen in der Diskussion sehr weit auseinander.

Gewerkschaftszahlen belegen, dass

- für die höheren Betriebs- und Fahrzeugneuanschaffungskosten aufgrund weiteren Anfahrtswege zu den Dienststellen im Präsidium Rheinpfalz,
- die mit dem auch zeitlich längeren Anfahrtsweg einhergehenden, höheren Personalkosten,
- von Schifferstadt aus nicht fälliges Trennungsgeld für Rotationskräfte und Kräfte der Sonderwache des Bundeskanzlers a. D. Dr. Kohl,
- weitere kleinere Kostenpositionen und auch die Mehrkosten für das PP Rheinpfalz, da die Liegenschaft u. a. als kostenlose Tagungsortlichkeit wegfällt,

jährliche Mehrkosten durch die Standortverlegung nach Enkenbach-Alsenborn von ca. 280 000 € anfallen. Vor dem Hintergrund steigender Betriebskosten und hier nicht aufgeführter Kosten kann man –ohne zu pessimistisch zu sein- von einem Aufbrauchen der Einmalzahlung nach ca. 8 Jahren ausgehen.

Ab dem neunten Jahr fehlen also „Ersatz-Einnahmen“ im LBB-Haushalt, so dass nach den uns zur Verfügung stehenden Zahlen die Schließung des Standortes Schifferstadt nur acht Jahre durch die Vermarktung in Form des Verkaufs finanziell ausgeglichen ist und dann zum deutlichen Minus-Geschäft wird. Es wird also bestätigt, was seit dem 03.11.2011 immer

wieder vorgebracht wurde. Und das sogar bei dem oben angesprochenen Nulltarif für Abrisskosten usw. sowie tatsächlicher Vermarktung als Bauland.

Ihnen liegt das Gutachten sicherlich vor, so dass Ihnen alle Zahlen zur Verfügung stehen. Sie unsere Rückschlüsse falsch? Dann teilen Sie uns bitte die Zahlen mit, die ein besseres Ergebnis begründen.

Bis dahin gehen wir von der Korrektheit unserer Überlegungen aus und fragen Sie: Rechtfertigt dieses Vermarktungszenario u. a.

- die Verschlechterung der Situation aus polizeilicher Sicht bei Anfahrt von Enkenbach-Alsenborn aus (von Minister Lewentz durch die Formulierung hinnehmbar so bestätigt)
- den Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich der Tarifbeschäftigten; bis jetzt gibt es kaum Beschäftigungsalternativen im Bereich Schifferstadt
- den nicht nur aus finanzieller, sondern auch aus ökologischer Sicht zu bewertende Abriss der Photovoltaikanlage?
- 


Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

seit der Entscheidung am 03.11.2011 wurden noch keine Fakten geschaffen, die eine Abkehr von dieser Fehlentwicklung unmöglich machen. Sie haben es also, als nun Verantwortliche für das Land Rheinland-Pfalz, in der Hand, noch rechtzeitig die Notbremse zu ziehen.

Daher bitten wir Sie hiermit im Namen der CDU Rhein-Pfalz, die richtige Entscheidung für den Erhalt der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt und somit u. a. für den Landeshaushalt, die Polizeipräsenz im Bereich des Präsidiums Rheinpfalz und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu treffen.

In Erwartung einer Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

  
Manfred Gräf  
Vorsitzender

  
Helmut Pfaff  
Stellvertretender Vorsitzender